

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952 1951

19 (17.11.1951)

BADNER LAND



HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 19

KARLSRUHE, 17. November 1951

Nützt Südweststaat
der Wirtschaft?

Glanzvoller Auftakt des Abstimmungskampfes

Massenkundgebung in der Karlsruher Stadthalle. — Badens Antwort an die Stuttgarter Regierung

Der Auftakt des Abstimmungskampfes um das Schicksal des badischen Landes hätte nicht wichtiger und eindrucksvoller sein können, als am Freitag mit der Massenkundgebung in der überfüllten Karlsruher Stadthalle, zu der die Arbeitsgemeinschaft der Badener im Hinblick auf die herausfordernde Regierungserklärung der Stuttgarter „Südweststaat“-Regierung aufgerufen hatte. Hunderte und aber Hunderte fanden keinen Einlaß mehr in der von nahezu 3000 Menschen besetzten Stadthalle. Wer diesen Beginn des entscheidenden Kampfes um den Fortbestand der badischen Heimat miterlebt hat, der nahm die Gewißheit mit nach Hause, daß dieser vom gesamten badischen Volke getragene Kampf mit einem sicheren Sieg und der Wiederherstellung des alten Landes Baden enden wird.

Regierungsdirektor Dr. August Herbold, der als „Beobachter“ der Stuttgarter Südweststaatsregierung der Kundgebung in der Karlsruher Stadthalle beiwohnte, wird seinem Chef in der württembergischen Landeshauptstadt nicht viel Erfreuliches berichten können. Wie es mit der Stimmung in Baden gegen den stellvertretenden württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Veit wirklich bestellt ist, davon konnte sich der Vertreter der Stuttgarter „Südweststaat“-Regierung persönlich überzeugen. Sein Bericht über die Stimmung im Lande Baden gegen das Südweststaatsprojekt dürfte vielleicht doch manchem die Augen darüber öffnen, daß es an der „Front in Nordbaden“ — dieser Ausdruck stammt von Minister Veit — für die Südweststaatlösung sehr schlecht aussieht.

In der Karlsruher Kundgebung sprachen ein Heidelberger Stadtrat, Oberstudiendirektor Dr. Schück (SPD), ein badischer Abgeordneter des Stuttgarter Landtages, Oberregierungsrat Dr. Werber, und ein evangelischer Christ und Wirtschaftler, Stadtrat Samwer (DG-BHE), die alle drei von verschiedenen Gesichtspunkten aus sehr eindrucksvoll die Frage behandelten, warum das badische Volk den Südweststaat ablehnt und für die Wiederherstellung des Landes Baden eintritt. Begreiflich, daß die Begeisterung hohe Wogen schlug, als vor allem Landtagsabgeordneter Dr. Werber und Stadtrat Samwer Minister Dr. Veit auf seine das badische Volk beleidigende Regierungserklärung eine Antwort erteilten, die der einstige Karlsruher Oberbürgermeister nicht hinter den Spiegel stecken dürfte.

Die ruhige, sachliche Art der Darlegung der Gründe, die für Baden sprechen, durch Oberstudiendirektor Dr. Schück, die scharfe Kritik von Landtagsabgeordneten Dr. Werber an der Stuttgarter Regierungserklärung und vor allem die Bloßstellung der Südweststaatspropaganda des Süddeutschen Rundfunks, sowie die wirkungsvoll formulierten Widerlegungen der Veit'schen Angriffe gegen die Badener durch Stadtrat Samwer fanden bei den Tausenden von Zuhörern immer wieder stürmischen Beifall.

Die Welle der Versammlungen und Kundgebungen der Arbeitsgemeinschaft der Badener in Nord und Süd des Landes wird jetzt nicht mehr abbrechen und die badische Bevölkerung wird darüber aufgeklärt werden, daß es am 9. Dezember um das Schicksal jedes einzelnen geht, der im Lande Baden seinen Wohnsitz hat. Wie das Urteil des gesamten badischen Volkes am 9. Dezember ausfallen wird, davon erhielt die Stuttgarter Südweststaatsregierung und ihre badischen Anhänger am Freitag in der Karlsruher Stadthalle einen kleinen Vorgeschmack. Staatspräsident Wohleb hat es in seinem Telegramm an die in Karlsruhe ver-

sammelten Badener noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht, was Hunderttausende von Badenern am Tage der Entscheidung bewegen wird: „Das sichere Gute ist dem zweifelhaften angeblich Besseren vorzuziehen!“

Von dieser eindrucksvollen Karlsruher Massenkundgebung wird die Begeisterung hinausgetragen werden in das Land Baden, das bis in das kleinste Dorf hinein am 9. Dezember seine Pflicht gegenüber der Heimat erfüllen wird.

„Wir erleben eine historische Stunde“

Nach einer kurzen Begrüßung durch Stadtrat Jung, der im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Badener auf die Bedeutung dieser Karlsruher Massenkundgebung hinwies, ergriff als erster Redner der Heidelberger sozialdemokratische Oberstudiendirektor Stadtrat Dr. Schück das Wort, der mit besonderem Nachdruck auf die Überpar-

teillichkeit der Badener hinwies. Er erklärte, daß alles darauf hindeute, daß der Abstimmungskampf ein erbitterter wird. Unter Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erklärte Dr. Schück, daß sein Rechtsempfinden aus den Erfahrungen der Vergangenheit einen solchen Schock erlitten habe, von dem er sich heute noch nicht erholen konnte.

„Toleranz ist“, so erklärte Oberstudiendirektor Dr. Schück, „eine gute alte badische Tradition. Es kann nicht anders sein bei den verschiedenen Stämmen und verschiedenen Konfessionen in Baden. Es geht niemand etwas an, wenn ich für die Wiederherstellung Badens eintrete (stürmischer Beifall). Für uns sind Freiheit und Selbstbestimmung heilige Begriffe. Wir holen sie nicht nach Bedarf aus der Hosentasche. Niemand darf wegen seiner Einstellung bei der Abstimmung zu Schaden kommen.“

Der Redner zog dann einen Vergleich des Wahlkampfes in England, der hart aber anständig gewesen sei. Hart, aber sachlich und fair müsse auch der Abstimmungskampf im Südwestraum geführt werden. „Wir erleben eine historische Stunde“, erklärte der Redner, „und diese Stunde darf nicht verpaßt werden. Man soll nicht dramatisieren, aber es geht dieses Mal um das Schicksal des Landes Baden. Baden ist ein glückhaft gesegnetes Land und daher ein begehrtes Land. Wir sind stolz auf unser Altbaden, weil wir der Überzeugung sind, daß es sich sehen lassen kann, weil dieses Altbaden jung war, jung ist und jung bleibt.“

„Es kommt auf jede Stimme an“

Der Redner wies in seinen weiteren Ausführungen dann auf USA, England und die Schweiz hin, die aus kleinen Staaten bestehen würden. In USA gäbe es nicht weniger als 29 Staaten, die bevölkerungsmäßig kleiner seien als das Land Baden und die Schweiz habe 25 kantonale Verwaltungen und Parlamente, ohne daß jemand an eine Zusammenlegung denke. Dabei stehe die Schweiz im Ruf, ein besonders sparsamer Staat zu sein. Föderalismus habe mit Partikularismus nichts zu tun.

„Was im Südwestraum praktiziert werde, so erklärte der Redner, sei eine merkwürdige Art der Neugliederung. Wir machen zuerst eine Probeabstimmung, um festzustellen, wie man auf die beste Art der Abstimmung einen Südweststaat erreichen könne. Das ist keine Demokratie, sondern Demokratur.“

Der Redner forderte die Wiederherstellung der Länder, wie sie vor 1945 bestanden haben, denn eine Neugliederung, so betonte Dr. Schück, könne nur auf organischem Wege erfolgen.

„Jeder muß“, so erklärte der sozialdemokratische Sprecher am Schluß seiner Ausführungen, „beitragen, daß keine Stimme für Baden verloren geht. Es kommt dieses Mal wirklich auf jede Stimme an. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann können wir, so schloß der Redner, nach dem 9. Dezember ein frohes Wiedersehen in Karlsruhe feiern.“ (Stürmischer Beifall.)



3000 Zuhörer bei der Karlsruher Massenkundgebung

Foto: Schlesiger

Die „Kampffront in Baden“

„Wer berechtigt Handelskammern und Gewerkschaften zur Parole Südweststaat?“

Als zweiter Redner sprach Oberregierungsrat Landtagsabgeordneter Dr. Werber, der in überzeugenden Ausführungen die maßlosen Angriffe des stellvertretenden württemberg-badischen Ministerpräsidenten Veit unter dem stürmischen Beifall der Tausenden von Zuhörern in scharfer Weise zurückwies. „Minister Veit“, so führte Dr. Werber aus, „habe in einer Pressekonferenz von einer ‚Kampffront in Nordbaden‘ gesprochen. Diesen von Dr. Veit geprägten Ausdruck nehmen wir gerne auf und müssen aber dabei herausstellen, wie es zu dieser ‚Kampffront‘ gekommen ist.“

Dr. Werber wandte sich gegen die Anschauung, daß das Bundesverfassungsgericht ein gerechtes Urteil gefällt habe. „Wenn es Minister Veit für recht hält, daß die Abstimmung über das Schicksal eines Landes nach Wahlgeometrie zu erfolgen habe, dann überlassen wir das Urteil darüber am 9. Dezember dem badischen Volk. Dieses Urteil am Abstimmungstag wird Minister Veit keine Freude bereiten.“ (Stürmischer Beifall.)

„Der stellvertretende Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung, so führte Dr. Werber weiter aus, davon gesprochen, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für den Südweststaat erklärt habe. Ich gehöre dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an, betonte der Redner, und bin nicht gefragt worden, ob der Gewerkschaftsbund die Parole ‚Südweststaat‘ ausgeben soll. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit Sitz in Stuttgart soll einmal darüber eine Urabstimmung in

den badischen Betrieben vornehmen und die Herren Funktionäre werden über das Ergebnis dieser Urabstimmung staunen (starker Beifall). Die badischen Arbeiter wissen, daß ihr Lohnzettel und ihr Arbeitsplatz einzig und allein von dem Blühen der badischen Industrie abhängt.“

Ähnlich ist es mit der Stellungnahme gewisser Industrie- und Handelskammern. Ohne die Mitglieder zu fragen wird einfach die Parole ‚Südweststaat‘ ausgegeben. Das scheint mir, erklärte Dr. Werber, die Arbeit gewisser Syndikate und Präsidenten zu sein, die ohne ihre Mitglieder zu fragen, sich auf Grund ihrer politischen Einstellung für den Südweststaat erklären.“ (Beifall.)

Baden billiger als Südweststaat

Nach dem „Franzosenchreck“ der „Kommunistenchreck“

Unter allgemeiner Heterkeit der Tausende kam dann Dr. Werber auf den von der Südweststaat-Propaganda vielfach betonten „Franzosenchreck“ zu sprechen. „Man hat vor der letzten Probeabstimmung, so führte Dr. Werber aus, überall in Baden von dem „Franzosenchreck“ gesprochen, der nach Karlsruhe und Pforzheim komme, wenn die Bevölkerung für das Land Baden stimmt. Heute haben wir die Franzosen in Karlsruhe und Pforzheim, ohne daß der württemberg-badische Ministerpräsident Reinhold Maier dagegen etwas machen kann.

Jetzt sprechen die Südweststaatler von dem Kommunistenchreck. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener ist, so erklärte Dr. Werber, überparteilich und überkonfessionell. Kein Parteisekretariat ist von der Arbeitsgemeinschaft in Anspruch genommen worden, und keine Partei unterstützt finanziell die Arbeitsgemeinschaft. Für sein Land kann jeder eintreten. Minister Dr. Veit hat zu der Zeit, als er Oberbürgermeister in Karlsruhe war, keinen Anstoß daran genommen, mit einem kommunistischen Bürgermeister in einer Stadtverwaltung gemeinsam tätig zu sein.

„Dr. Veit wirft sodann der Arbeitsgemeinschaft vor, so fuhr Dr. Werber fort, mit den Nationalsozialisten zu paktieren. Dr. Veit hat vor seiner Wahl zum Bundestag als der „beste Mann von Karlsruhe“ (Heterkeit), wie er in der Propaganda bezeichnet wurde, gefordert, daß die Aufteilung in Belastete und Unbelastete verschwinden müsse. Es wäre gut gewesen, erklärte Dr. Werber, wenn Dr. Veit bei dieser Einstellung geblieben wäre.“

Die Veit-Rede

hat dem Letzten die Augen geöffnet, wohin die Reise geht und welche schicksalhafte Entscheidung am 9. Dezember endgültig fällt. Die reichlichen Spenden, die eingehen, beweisen, daß das badische Volk den Ernst der Stunde begriffen hat. Herzlichen Dank allen bisherigen Spendern! Wir bitten dringend jeden Badener, jeden badischen Gewerbetreibenden und jede badische Unternehmung, von sich aus eine Spende zu geben, damit wir den Kampf zum siegreichen Ende führen können. Die finanziellen Mittel des Gegners sind gewaltig. Je Belegschaftsmitglied führen die Südweststaat-Unternehmer 1.— DM an einen Kampffonds gegen Baden und die badische Wirtschaft ab! Badener, wartet nicht, bis es zu spät ist! Dann habt ihr an 5 Pfennig lang, wie der Volksmund sagt!

Die Südbadener spenden an die Arbeitsgemeinschaft der Badener, Freiburg, Postcheckkonto 7373 Freiburg. Die Nordbadener spenden an den Landesverband der Arbeitsgemeinschaften der Badener in Karlsruhe, Postcheckkonto Karlsruhe 35196.

Es gibt eine Kategorie von durch das Denazifikationsgesetz Betroffenen, die in Südbaden das Wahlrecht besitzen, während es ihnen in dem Kleinen Südweststaat vorenthalten wird. Diese Rechtsungleichheit muß noch vor der Abstimmung, so betonte Dr. Werber, beseitigt werden. (Beifall.)

Die Abrechnung mit dem Süddeutschen Rundfunk

Landtagsabgeordneter Dr. Werber nahm dann eine eindrucksvolle Abrechnung mit dem Süddeutschen Rundfunk vor, der sich sehr stark für die Propaganda des Südweststaates einsetzt. Es sei einmal an der Zeit, daß man sich mit diesem „Spätzle-Sender“, wie ihn das Volk in Baden bezeichnet, beschäftige. 40 Prozent der Einnahmen des Süddeutschen Rundfunks kommen aus Nordbaden. Es gebe sicher viele Hörer in Nordbaden, die gerne ihre 2 DM monatlich an einen anderen Sender bezahlen möchten (stürmischer Beifall), weil man diese Südweststaatpropaganda im gesamten Lande Baden nicht mehr mit anhören könne. Es sei die Frage an den Süddeutschen Rundfunk zu stellen, wieviele Nordbadener in den maßgebenden Stellen sitzen, angefangen vom Intendanten bis zum Chef des politischen Nachrichtendienstes.

Sehr scharf war die Abrechnung des Redners mit der „Stuttgarter Zeitung“, wobei er durch einwandfreie Belege die Anschuldigungen dieser Zeitung gegen das badische Volk widerlegte.

Landtagsabgeordneter Dr. Werber streifte kurz die Verkehrspolitik, die in Stuttgart gegenüber Nordbaden verfolgt werde. Karlsruhe und Pforzheim müßten aus dem toten Winkel heraus, aber so wie jetzt die Situation ist, scheine es noch eine oder zwei Generationen zu dauern, bis die Elektrifizierung Mühlacker—Pforzheim—Karlsruhe erfolge. Die Württemberger würden sich jetzt schon in eine Elektrifi-

zierung der Schwarzwaldbahn einmischen und eine Streckenführung über Schiltach und Schramberg propagieren. Den Strom dürfe aber Baden liefern.

Sehr interessant war die Rechnung, die Dr. Werber bezüglich der Verwaltungskosten eines Südweststaates und eines wiederhergestellten Landes Baden aufmachte, die ganz klar beweist, daß das Land Baden für die Bevölkerung wesentlich billiger ist als ein Südweststaat.

Fünf Landeskommissariate in Baden

Der Redner betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß die Fehler früherer badischer Regierungen im wiederhergestellten Lande Baden nicht wiederholt würden. Insbesondere sollen hierdurch die Gebiete

an der Peripherie des Landes an den Staat herangeführt werden. Nach der Wiederherstellung des Landes sei beabsichtigt, fünf Landeskommissariate einzurichten mit dem Sitz in Freiburg, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, sowie in einer Stadt des Frankenlandes. Dabei werden die Grundsätze der Selbstverwaltung zur Anwendung gebracht!

„Der Südweststaat ist eine politische Unmöglichkeit“

Dr. Werber kam dann auf die politische Lage zu sprechen, die bei der Bildung eines Südweststaates entstehen wird. „Der Südweststaat ist eine politische Unmöglichkeit“, sagte der Redner, denn nach seiner Bildung entstehen in diesem Raum Kämpfe von einer Schärfe, die ein

Unglück für das politische Leben im Bundesgebiet bedeuten werden. Drei württembergische Landtagsabgeordnete, so erklärte Dr. Werber, sind in den letzten Wochen im Stuttgarter Landtag zu mir gekommen und haben mir erklärt, dieser politische Kampf um den Südweststaat sei ein Unglück und sie könnten einen Südweststaat nicht mehr befürworten. Das Volk von Baden und Württemberg will Ruhe und Frieden. Ich glaube, so erklärte Dr. Werber, Minister Dr. Veit wird zur Entspannung beitragen können, wenn er zurückträte. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Wenn jeder, so führte Dr. Werber zum Schluß aus, am 9. Dezember seine Pflicht tut, dann werden wir in dieser wichtigen Grenzzone des Bundesgebietes Ruhe haben. Es muß eine Brücke geschlagen werden zwischen Baden und Württemberg und niemand wird wegen einer anderen Meinung von uns getrennt eingeschätzt. (Stürmischer Beifall.)

Für Baden, aber nicht gegen Württemberg

Nun hat Minister Veit in der Regierungserklärung im Stuttgarter Landtag die scharfe Tour fortgesetzt. Er darf sich deshalb nicht wundern, wenn dementsprechend auch die Antworten ausfallen.

Der Redner kam noch einmal auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu sprechen und erklärte, es sei ein Versuch am unzulässigen Objekt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als eine badische Niederlage auszunutzen, weil das Gericht auf dem schwankenden Boden der deutschen Staatsverhältnisse nach dem Zusammenbruch von 1945 sich nur an formales Recht geklammert habe und damit der viel tiefergehenden, aus der Seele kommenden Beschwerde des badischen Staatsvolkes gar nicht Rechnung tragen konnte.

Stadtrat Samwer gab sodann noch einmal einen Rückblick, wie das Land Württemberg-Baden nach dem Zusammenbruch von 1945 aus militärischen Gründen entstanden ist, und betonte, daß die verfassunggebende Versammlung für dieses Interimsländ nur mit einer Minderheit der Bevölkerung gewählt wurde, da der größere Teil der Wahlberechtigten noch gar nicht in die Heimat zurückgekehrt war oder nicht wählen durfte. Fest stehe jedenfalls, daß das Interimsländ Württemberg-Baden seinen ersten Landtag und zugleich seine Verfassung durch eine Minderheit des Volkes erhielt. Daß durch die Interimsmaßnahme der Besatzungsmacht von deutscher Seite aus als endgültige Maßnahme anerkannt worden sei, müsse man als eine glatte Geschichtsfälschung bezeichnen.

Die Badener mit ihrer Heimatliebe für ihr altes Land werden, so führte Stadtrat Samwer aus, für die Südweststaat-tour von Minister Veit kein Verständnis haben. Zu der Bemerkung von Minister Veit in der Regierungserklärung „Die Todfeinde der Demokratie“ marschieren hinter den Fahnen der Anhänger der alten Länder“, erklärte Stadtrat Samwer unter dem stürmischen Beifall der Massen:

„Herr Dr. Veit, zuerst marschieren hinter den Fahnen der alten Länder die wahlberechtigten Einwohner, die aus Liebe zu ihrem Heimatlande für Baden eintreten.“

„Mit dem Kommunistenchreck ist es nichts“

Stadtrat Samwer setzte sich anschließend mit den Ausführungen auseinander, die die Badener beschuldigten, mit den „Todfeinden der Demokratie“ zu paktieren. Was heißt Todfeinde, fragte der Redner. Sind frühere Nationalsozialisten, die sich nichts Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, die aber ihre badische Heimat lieben, Todfeinde?

„Machen Sie, Herr Dr. Veit, so fragte der Redner, als Regierungsmitglied wirklich den Unterschied zwischen früheren Parteigenossen der NSDAP, die jetzt Mitglieder Ihrer

Als letzter Redner sprach Stadtrat Samwer-Karlsruhe, der vor allem Minister Dr. Veit in einer ausgezeichneten Formulierung die richtige Antwort auf seine maßlosen Angriffe in der Stuttgarter Regierungserklärung gab. Die Parole „Für Baden, aber nicht gegen Württemberg“ setzte Stadtrat Samwer an den Anfang seiner oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen. „Die gute Sache der Wiederherstellung Badens, so erklärte Stadtrat Samwer, vertritt ich:

Erstens als deutscher Mann, der die Heimatliebe und Heimattraue des badischen Staatsvolkes tief mitempfindet und sie als geistig-seelische Kraft des Landmannschaftlichen Zusammenhalts respektiert.

Zweitens als evangelischer Christ, der das durchsichtige, gegnerische Propaganda-Geschwätz von der „schwarzen Gefahr“ ablehnt, weil eine solche „schwarze Gefahr“ überhaupt nicht existiert. Die Katholiken sind in Gesamtbaden wohl zahlreich, weshalb man ihnen gegenüber Toleranz zu üben hat. Sie sind aber nicht in der Mehrheit und können deshalb in einem Gesamtbaden nicht allein bestimmen.

Drittens als Wirtschaftler und Finanzmann, der weiß, daß das alte Land Baden mit fortschreitender Technik seine Industrie ebenso vorwärts entwickelt hat, wie andere Länder, bis ein militärischer Stop kam und Baden als das deutsche Vorfeld für die Verteidigung nach Westen den Verzicht auf Industrieerweiterung auf sich nehmen mußte. Der Ausbau von Großkraftwerken, Elektrizitätserzeugung durch Wasserkraftnutzung, großer Industriesaufbau ist in einem wiederhergestellten Baden ebenso gut möglich wie in einem Südweststaat.“

Phrase gegen Wahrheit

Es sind, so erklärte der Redner, sowohl sehr verstandesmäßige, als auch seelische Gründe, die für die Wiederherstellung Badens sprechen. Wenn demgegenüber Südweststaatfreunde behaupten, daß der Südweststaat allein den Sieg der Vernunft darstelle, so müssen derartige große Worte zurückgewiesen werden, weil sie tatsächlich nur ein politisches Machtstreben tarnen. Für mich sind, so betonte Stadtrat Samwer, solche große Worte nicht mehr als ein offensichtlicher Sieg der Phrase über die Wahrheit, oder auch der Versuch der Verdummung der Mitbürger.

Die Abrechnung mit Minister Veit

Stadtrat Samwer beleuchtete sodann eingehend die Haltung von Minister Veit in diesem Abstimmungskampf. „Als Staatspräsident Wohleb nach der Beweisaufnahme im Bundesverfassungsgericht eine persönliche Geste nach Stuttgart und Tübingen hin machte“, so erklärte der Redner, „da hat Dr. Veit in einer unnötigen Schärfe geantwortet und der Regierung in Freiburg das Recht abgesprochen, für Gesamtbaden zu sprechen.“

Staatspräsident Wohleb sprach in Radolfzell

Großartiger Abstimmungsstart am See

Mit einer eindrucksvollen Kundgebung am Sonntag in Radolfzell wurde der Abstimmungskampf im Bodenseegebiet eröffnet. Der Festsaal des Gasthauses „Zum Kreuz“ war bis auf den letzten Platz besetzt, als Staatspräsident Wohleb, mit stürmischem Beifall begrüßt, die fadenacheinigen Argumente der Befürworter des sogenannten Südweststaates treffend widerlegte.

Mehrfach von tosendem Beifall unterbrochen wurde Staatspräsident Wohleb bei seiner scharfen Abrechnung mit den Südweststaatanhängern vor allem als er ausrief: „Wir Badener wollen nichts anderes, als unsere Freiheit und unsere Eigenständigkeit. Wir wollen, daß die alten Länder Baden und Württemberg als gute Nachbarn in Zukunft weiterbestehen!“

Als wir den See verließen, wußten wir: Uns braucht nicht bangen zu werden, wenn die Männer und Frauen aus dem Seekreis am 9. Dezember zur Wahlurne schreiten, denn sie alle tragen im Herzen die Parole: Der Heimat die Treue, Baden die Stimme!

Wer diese großartige Massenkundgebung der Badener in Radolfzell miterlebt hat, der wird mit Lächeln eine Meldung der „Stuttgarter Nachrichten“ über diese Radolfzeller Versammlung lesen, die die Überschrift trägt: „Tumult bei Wohleb-Versammlung.“ Der Nachrichtenagentur (UP) sei empfohlen, ihrem Mitarbeiter in Radolfzell besser auf die Finger zu schauen; denn was er über diese Kundgebung am See verbreitete, sind Märchen, und Märchen erzählen haben wir im deutschen Pressewesen fürwahr genug.

Partei sind und die Sie deshalb akzeptieren und allen anderen früheren Parteigenossen, die Sie deshalb zu Todfeinden erklären?

Auf diese primitive Tour, erklärte Stadtrat Samwer, fällt heute kein Mensch mehr herein. Für mich gibt es, so erklärte der Redner, in diesen wie in anderen Fällen — nur anständige und unanständige Menschen.“

„Mit dem Kommunistenchreck ist es nichts, Herr Dr. Veit, erklärte der Redner. Hier handelt es sich nur um eine unaufrichtige Propaganda. Wir von der Arbeitsgemeinschaft der Badener haben auf den Beschluß der KPD keinen Einfluß, erkennen aber ohne weiteres an, daß diese alle bürgerlichen Rechte, also auch das Wahlrecht in der Bundesrepublik haben. Daß sie nach ihrer Überzeugung von diesem Wahlrecht Gebrauch machen, kann kein Mensch ihnen verdenken oder verwehren.“

Ein Wort an die Jugend und Neubürger

Nachdem Stadtrat Samwer noch die persönlichen Angriffe auf Staatspräsident Wohleb mit aller Schärfe zurückgewiesen hatte, richtete er zum Schluß seiner Ausführungen bemerkenswerte Worte an alle in Gesamtbaden, insbesondere an die Jugend und an die Neubürger. Er verglich Deutschland mit einem großen Haus, in dem alle Deutschen unter einem gemeinsamen Dache wohnen. Dieses Haus sei in verschiedene Zimmer aufgeteilt, und man stelle sich vor, daß jedes deutsche Bundesland eines dieser Zimmer bestimme. Das größere Zimmer Württemberg liege an dem kleinen Zimmer Baden. Beide Zimmer seien trotz der verschiedenen Größe durchaus hell, gut gelüftet und gut aufgeräumt. Jede Familie habe nun mal ihre Eigenheiten, so auch die beiden volkscharakterlich durchaus verschiedenen Landmannschaften der Badener und Württemberger. Anstatt jeder dieser beiden landmannschaftlichen Familien ruhig ihr eigenes Zimmer zu lassen, soll nun einfach gewaltsam die Wand eingeschlagen werden und die beiden Familien sollen, obwohl sie eben verschiedenartig sind, nun ständig in engster Gemeinschaft in einem Zimmer zusammenleben. Hiergegen wendet sich durchaus berechtigt die alte badische Familie, die den Unterschied zum württembergischen Nachbarn durchaus kennt. Sie will gern wie bisher die Verbindungstür zwischen beiden Zimmern, soweit es beiderseits gewünscht wird, offen halten, aber möchte doch nicht von der stärkeren Familie der Württemberger (60 Prozent) künftig einfach majorisiert werden, d. h. schließlich in dem gemeinsamen Zimmer an die Wand und in die Ecke gedrückt werden. (Starker Beifall.)

„Jugend, so schloß Stadtrat Samwer, öffne Dein Herz für die Ideale, wie Heimatliebe und Heimattraue und Neubürger, der Du Dich, durch die Unmenschlichkeit von Jalta und Potsdam aus der Ursprungsheimat vertrieben in Dein zweites Heimatland Baden einlebst und der Du die Erinnerung an Dein Heimatland in den Landmannschaften hochhältst, falle nicht den badischen Brüdern und Schwestern, die in Liebe und Treue zu ihrem alten Heimatland stehen, in den Arm, sondern richte gemeinsam mit ihnen das alte Land Baden auf, das Deine faire Gesinnung anerkennen und Dir deshalb um so Heber helfen wird, das furchtbare Unrecht, das man Dir getan hat, nach jeder Möglichkeit wieder gutzumachen.“

Herr Dr. Veit meint, daß die „Organisationen“ den Südweststaat schaffen werden, gleich, ob Mann oder Frau, Alt- oder Neu- in Nordbaden auf. Ich appelliere an das Gewissen jedes einzelnen Mithürgers — ganz gleich ob Mann oder Frau und Alt- und Neubürger. Es kommt auf jede einzelne Stimme an, alle Stimmen für Baden, keine Stimme für den Südweststaat, denn: Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Mit dem gemeinsamen Gesang des Badenerliedes schloß die eindrucksvolle Kundgebung, die ohne jeden Zwischenfall verlief.

Nützt ein Südweststaat der Wirtschaft?

„Die Wirtschaft hat nichts von einem Südweststaat zu erhoffen“

Diese Frage untersucht der bedeutende schweizer Wirtschaftsjournalist H. Bauer, Basel, der zu den maßgeblichen Wirtschaftsredakteuren der Schweiz gerechnet wird, in einem ausführlichen Artikel, der in einer schweizer Zeitung veröffentlicht wurde, tiefgründig. Dort heißt es u. a.:

„Der Entscheid über Baden und Württemberg oder Südweststaat wird sich auch weitgehend danach richten, ob man die neue Bundesrepublik auf die kräftigen Fundamente guter, säkularer Traditionen stützen, oder ob man den staatlichen Neubau einem Fundierungsexperiment in neu aufgeschüttetem Baugrund anvertrauen will.“

Daß man sich darüber im Bereiche der schweizerischen Eidgenossenschaft, in der Föderation par excellence, freundschaftliche Gedanken macht, möge nur dokumentieren, wie sehr wir in der Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft Anteil nehmen an allen Bemühungen um echte Demokratie und echten Föderalismus, die allein Gewähr bieten können gegen eine Wiederholung der Katastrophen von Großstaat und Machtstaat...“

Sehr interessant ist die Formulierung Bauers über den Abstimmungsmodus. Er zögert hier das Wort „Abstimmung“ überhaupt zu brauchen und neigt eher dazu, von einer „organisierten Zustimmung zu einer von den Organisationsvorfällen Meinung“ zu sprechen und kritisiert vor allem, daß der traditionsgebundene Landesherr, der seinen Wohnsitz außer Landes verlegt hat, kein Mitspracherecht mehr besitzen soll.

Bauer weist darauf hin, daß es sich „im Wirtschaftlichen um konkrete Substanzfragen“ handelt. Die Bundesrepublik sei ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Dementsprechend entspräche eine Änderung im Bestand der Gliedstaaten des Bundes nicht der geringsten wirtschaftlichen Notwendigkeit und stelle auch keinen wirtschaftlichen Nutzen in Aussicht.

Es wird auf die Schweiz mit ihren 25 Kantonsstaaten des eidgenössischen Bundes verwiesen und dabei auf den Wohlstand abgehoben, der sich aus der Vielseitigkeit der wirtschaftlichen Initiative und Betriebsamkeit in den einzelnen Kantonsstaaten der Schweiz und damit insgesamt in der Schweiz ergibt. Er stellt dem Gedanken der politischen Konzentration und damit der Provinzialisierung die wahrhaftige Größe im Qualitativen entgegen: Für uns steht fest: „Größer ist nicht besser, nicht einmal stärker!“

Interessant ist sein Untersuchungsergebnis, daß der badische wie der württembergische Staat sich wirtschaftlich durchaus bewährt und damit die Lebensfähigkeit beider Länder eindeutig nachgewiesen hätten.

Bauer meint hierzu: „Was in aller Welt hindert sie daran, in den Fällen enger Zusammenarbeit und zusammenzugehen, wo ihnen das nützt, während beide weiterhin dort ihre eigenen Wege einschlagen, wo sie selbst auf ihre Rechnung kommen? Es ist ganz offenbar und hat sich auch in neuester Zeit wieder erwiesen, daß mehrere getrennte Staatswesen in ihren regionalen Bereichen mehr Energie zur Überwindung der mannigfachen Nachkriegsnot entwickeln, als wenn ein einziges Zentrum diese Regionen zusammen zu verwalten... hätte.“

Der schweizer Journalist versteht nicht, daß man einen Südweststaat aus den aufgeworfenen Besatzungsgrenzen schaffen will, wo es doch nichts Dringlicheres gäbe, als die Entwicklung wieder in traditionelle Bahnen zu lenken, die als natürliche Bahnen betrachtet werden könnten; denn naturgegeben ist der starke Akzent am Rhein, dem eigentlichen Lebenselement des Badnerlandes.

Dieser Akzent am Rhein habe Baden der Schweiz besonders nahe gebracht. „Ist es doch hier eine ausgesprochene ba-

disch-schweizerische Gemeinschaft, die wirtschaftliche Kräfte erschlossen und entfaltet hat.“ Augenfällig komme das in der statlichen Reihe der Grenzkraftwerke mit ihren 2,6 und im Vollausbau den einst 4 Milliarden kWh zum Ausdruck, deren erstes Werk seit mehr als ein halbes Jahrhundert in Rheinfelden den gemeinsamen Wasserlauf auswertet. Ein anderes Wahrzeichen dieser Gemeinschaft sei die Rheinschiffahrt, wo die Pionierleistungen für Basel unter den badischen Reederfarben gelb-rot-gelb vollbracht worden seien.

Schweizerisches Kapital, badische und schweizerische Arbeit haben zusammen die Industrialisierung (Textilindustrie, chemische Industrie) in diesem Gebiet vollzogen, den Wohlstand im Tale des Hochrheins gefördert und eine Vertrauensatmosphäre geschaffen, die nur in der Zeit von 1933–1945 gestört worden sei.

Bauer tritt für die Wiederherstellung der Vertrauensatmosphäre auf regionaler Gemeinschaftsbasis ein, da dies „eines der wichtigsten Anliegen der Nachkriegszeit“ im beiderseitigen Interesse wäre. Er führt folgendermaßen wörtlich fort:

„Wenn die Voraussetzungen zur Investition schweizerischen Kapitals hier wieder ge-

schaffen werden sollen, so gehört dazu als erstes

die Wiederherstellung der soliden Vertrauensbasis badischer Tradition

und sicherlich nicht das gewagte, zu erhöhter Vorsicht mahnende Experiment eines konstruierten Südweststaates. Der natürliche Reichtum, über den Baden in den eigenen Grenzen verfügt, ist für die schweizerischen Interessen eine nahe und überblickbare Realität, die sich im Verfügungsbereich eines selbständigen Staates ganz anders präsentiert, als in einer Provinz des neuen, größeren Südweststaates, der erst eine Bewährungsprobe bestehen müßte...“

Wir sehen also, daß der erfahrene schweizer Wirtschaftsjournalist sich im beiderseitigen Interesse für die Wiederherstellung Gesamtbadens ausspricht, damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Baden und der Schweiz so schnell wie möglich in Gang kommt. Vielleicht verstehen nun auch Männer wie Dr. Battunek — vorausgesetzt, daß sie guten Willens und nicht völlig in ihrem Südweststaat-Auftrag befangen sind — besser, warum ein wiederhergestelltes Baden Millionen von besonderen Mitteln für die Verbesserung der Lage der Heimatvertriebe-

nen schnell wird einsetzen können.

Chefredakteur Bauer, Basel, untersucht die Lebensfähigkeit eines selbständigen Badens sehr gewissenhaft an Hand der Beschäftigten, der Investitionen und der Industrie und stellt schließlich folgendes Ergebnis seiner Untersuchungen fest:

„Die Wirtschaft hat nichts von einem Südweststaat zu erhoffen.“

„Anders kann es sich freilich mit wirtschaftlichen Sonderinteressen verhalten, die auf größeren Gewinn von einem Fusionsstaat spekulieren. Aber das ist nicht die Wirtschaft im Sinne der allgemeinen Interessen, des allgemeinen Wohles, dem mit einem organischen Weiterwachsen aus den bewährten Traditionen heraus unter allen Umständen besser gedient sei, als mit dem gewagten Experiment einer Südweststaatskonstruktion.“

Wir haben diesem klaren und unbestechlichen Urteil eines der bedeutendsten Wirtschaftsjournalisten Europas nichts hinzuzufügen, zumal unsere längst vertretene These in allen wesentlichen Punkten eindeutig bestätigt wird. Deshalb rufen wir unseren Nachbarn, den Württembergern, in aller Freundschaft zu: „Hände weg von Baden!“

Große Fortschritte im Industriebau Südbadens

Das Handwerk in Südbaden stark

Der Beschäftigtenverband des südbadischen Handwerks stieg von 73 855 (April 1948) auf 80 355 (April 1950). Diese Ziffern sind deshalb besonders interessant, weil sie beweisen, wie stark das Handwerk im Vergleich zur Industrie (April 1948) in Südbaden vertreten ist.

In Baden hatte das Handwerk auch früher goldenen Boden. Vielfach sind kleine und mittlere Industriebetriebe aus dem Handwerk hervorgegangen. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe spielen in der südbadischen Industriestruktur eine beachtliche Rolle. Diese Betriebe sind an das Flußsystem des Rheines angelehnt, also weitgehend dezentralisiert, während z. B. die württembergische Industrie konzentrisch auf Stuttgart als Landeshauptstadt ausgerichtet ist.

Produktionsindex der südbad. Industrie

Die Verbrauchsgüterindustrie Südbadens hat im Verhältnis zu 1936 (= 100) im ersten Vierteljahr 1951 einen Stand von 147,6 und der Strom- und Gasverbrauch sogar einen solchen von 157,0 erreicht. In einzelnen Industriezweigen ergeben sich mit dem gleichen Ausgangspunkt von 1936 (= 100) z. B. folgende Verhältniszahlen für das 1. Vierteljahr 1951:

Maschinenbau = 207,0; Chemie = 144,9; Metallwaren = 140,0; Elektrotechnik = 197,3; Bekleidung = 205,5; Feinmechanik = 193,9.

Beschäftigten-Ziffer

Ein hervorragendes Kennzeichen für den erreichten Leistungsstand der Wirtschaft ist stets die Beschäftigten-Ziffer und deren Entwicklung, weil schließlich der Mensch der entscheidende Faktor auch in der Wirtschaft ist, wenn es sich nicht um ausgesprochene mechanisierte Mammutbetriebe handelt, die aber weder in Nord- noch in Südbaden Gewicht haben.

Das Traditionsland Baden ging mit einer Beschäftigten-Ziffer von 300 000 in die Währungsreform und weist auf 30. 6. 1951 eine Beschäftigten-Ziffer von 415 227 aus. Diese Ziffer ist inzwischen noch verbessert worden.

Aus folgender Statistik, die zugleich einen Vergleich mit Württemberg-Baden bietet, kann jeder Badener objektiv feststellen, wie die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse im Traditionsland Baden im Vergleich mit Württemberg-Baden liegen:

Beschäftigte in Württemberg und Baden

1. Württemberg-Baden

Beschäftigte

am 30. 6. 1950	1 235 700
am 30. 6. 1951	1 327 000
Zunahme	91 300 = + 7,4%

2. Traditionsland Baden (Südbaden)

Beschäftigte (einschl. Grenzgänger)

am 30. 6. 1950	372 085
am 30. 6. 1951	415 227
Zunahme	43 142 = + 11,6%

(Die Grenzgänger machen hiervon 1,1% aus.)

Einer Beschäftigtenzunahme um 7,4 % in Württemberg-Baden steht also eine solche im Traditionsland Baden von 11,6% gegenüber.

Der Wirtschaftsminister der Freiburger Regierung hat bereits erklärt, daß für den Fall einer Wiedervereinigung Nord- und Südbadens alles daran gesetzt werden müßte,

Badener, merkt Euch das!

Durch Baden wird nur Schwaben groß,
Doch du wirst klein und heimatlos.

der großen, durch die Natur vorgezeichneten europäischen Nord-Süd-Verbindung durch das Rheintal die alte Bedeutung wieder zu geben; Gesamtbaden werde durch den Ausbau der Straßen, durch die Elektrifizierung der Eisenbahn, durch fortschreitende Modernisierung der Rheinschiffahrt und der Rheinhäfen die dominierende Stellung dieser großen Nord-Süd-Verkehrs- und Transportlinie zu halten wissen. Dadurch werde die Grundlage zu einer Vorwärtsentwicklung der Industrialisierung des Landes geschaffen, im übrigen zu einer in Gesamtbaden gleichmäßigen, wirtschaftlichen Weiterentwicklung, ohne daß ein sozial abträglicher, zentralistischer Schwerpunkt gebildet werden würde.

Herausgeber: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener v. Karlsruhe-Karlsruhe 54 Telefon 6446.
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Friedrich Werber Karlsruhe
Druck: O. Braun & M. B. Karlsruhe

Das Mix-Getränk



Mal einen heben ...

Ich kann Ihnen — mein Herr ...

Den „Südwest-Cocktail“ empfehlen ...

Die Mischung soll sehr bekömmlich sein!

Die Heimatvertriebenen in der Wirtschaft Badens

Der wirtschaftliche Eingliederungsplan der badischen Regierung

Die Zahl der im Traditionsland aufgenommenen Heimatvertriebenen beträgt rund 132 419, wovon 39 281 dem Landesarbeitsamt als arbeitsfähig gemeldet sind. Hiervon waren bis Mai 1951 35 061 Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Dauerarbeit gekommen.

Die Gesamtarbeitslosenquote Südbadens betrug auf diesen Zeitpunkt 11 360 Personen, was — auch relativ — eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten aller Bundesländer bedeutet, trotzdem der Anteil der Heimatvertriebenen in dieser Ziffer noch 36% ausmachte. Die Absorption laufend neu eintreffender Heimatvertriebener durch die Wirtschaft ist trotzdem befriedigend verlaufen, da kein vernünftiger Mensch damit rechnen kann, daß die gerade Neuangekommenen sofort die geeigneten Arbeitsplätze in der Wirtschaft haben. Die Wirtschafts- und Arbeitsverwaltung des Traditionslandes Baden bemüht sich aber laufend, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die Wohnfrage der Heimatvertriebenen endgültig zu lösen.

Übrigens ist ja schon seit dem Frühjahr 1951 bekannt, daß die Freiburger Regierung einen umfassenden wirtschaftlichen Eingliederungsplan der Heimatvertriebenen ausgearbeitet hat, der bei der Wiederherstellung Badens die Möglichkeit geben soll, unter dem Schutz und mit den Mitteln des Staates die wirtschaftliche Eingliederungsfrage der Heimatvertriebenen in weitestgehender Selbstverwaltung zu ordnen.

Da in Nordbaden etwa 250 000 Heimatvertriebene wohnen, ist das derzeitige Standortverhältnis der Heimatvertriebenen $\frac{1}{3}$ in Nordbaden und $\frac{2}{3}$ in Südbaden. Dementsprechend werden die in Nordbaden ansässigen Heimatvertriebenen in der künftigen Selbstverwaltung, die in einem Staatskommissariat für das Heimatvertriebenen- und Flüchtlingswesen gekrönt sein wird, ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben.

Wenn der inzwischen sattem bekannt gewordene württembergisch-badische Regierungsrat Dr. Bartunek weiterhin die badische Regierung mit durchsichtigen Zweckdarstellungen zu verunglimpfen sucht, so empfehlen wir allen anständigen Heimatvertriebenen, auf solche parteipolitische Manöver nicht hereinzufallen. Es ist interessant, daß im Gegensatz zu solchen Südweststaatsmännchen, die wohl die persönliche Position des Dr. Bartunek in einem erhofften Südweststaat, aber nicht das Schicksal der Heimatvertriebenen in Gesamtbaden fördern können, der Vorsitz der LVD Badens erst kürzlich in Offenburg lobend hervorhob, daß die Zusammenarbeit der Regierung in Freiburg mit den Heimatvertriebenen-Verbänden eine verständnisvolle sei, und daß diese Zusammenarbeit schon länger bestehe, als der Kampf um die Wiederherstellung des alten Landes Baden in Gang gekommen sei. Der Vorsitz der LVD Baden schloß mit der Erklärung, daß er dies aus Gründen der Gerechtigkeit und in Dankbarkeit gegenüber der Freiburger Regierung feststellen müsse.

Zweifelloso werden unsere Neubürger durch diese einwandfreie Erklärung heilhörig. Übrigens wird in Nordbaden neuerdings manches über einen „Bartunek-Plan“ gesprochen und geschrieben. Hierzu stellen wir fest, daß nach unserer Information dieser ursprüngliche „Bartunek-Plan“ von den maßgeblichen Instanzen als reine Utopie bezeichnet worden war. Statt dessen hat ein Ausschuß des LVD Nordbadens, in dem nüchterne und seriöse Heimatvertriebene sitzen, z. B. Oberbürgermeister Dr. Karasat, Buchen, Landtagsabgeordneter John Hennings, Bretten u. a., sich mit der von gesamtbadischer Seite aus schon behandelten Binnenumiedlungsfrage neuerdings befaßt und dabei brauchbare Vorschläge, vor allem für eine vernünftige Binnenumiedlung von Heimatvertriebenen aus den Notstandsgebieten (Tauberbischofsheim, Buchen, Sinsheim, Mosbach und Heidelberg-Land) entwickelt. Dieser neue Plan entspricht in etwa den schon vorher für die Wiederherstellung Gesamtbadens ausgearbeiteten Richtlinien. Das Primat hierfür gebührt also den Vorbereitern einer gesamtbadischen Lösung. Dieser Plan hat mit Dr. Bartunek gar nichts zu tun, auch wenn dieser in seinen Idä-Nachrichten (Nr. 11 November 1951), die anscheinend vor allem zur Verherrlichung seiner Person dienen, selbst einen Artikel mit der Überschrift: „Binnenumiedlung in Nordbaden keine Utopie“ geschrieben hat und dabei beschuldenerweise darauf hinweist, daß der Plan einer Binnenumiedlung unter der Bezeichnung „Bartunek-Plan“ erörtert worden sei. Hier schmückt sich einer mit fremden Federn!

Es ist bekannt, daß von den Pendlern, die aus den Notstandsgebieten des Baulandes zur Arbeit fahren, etwa $\frac{1}{3}$ an Arbeitsplätze in Württemberg hinüberpendeln. Diesen ist von interessierter Seite eingeflüstert worden, daß sie die Arbeitsplätze in Württemberg verlieren würden, wenn nicht der Südweststaat käme. Davon kann natürlich gar keine Rede sein, da wir in der Bundesrepublik eine freisäugige Wirtschaft haben und keinen eisernen Vor-

hang wie in der Ostzone. Dieser unerhörte Druck auf die Seele der Heimatvertriebenen muß deshalb mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Wenn die alten Länder Baden und Württemberg wiederhergestellt werden, so wird — wie dies auch früher der Fall gewesen ist — ein einheitliches Landesarbeitsamt mit entsprechenden Dienststellen an den wirtschaftlichen Schwerpunkten gebildet werden können, so daß auch hier eine vernünftige freundschaftliche Regelung ohne Bevormundung des einen Landes durch das andere den wirtschaftlichen Interessen beider Länder — insbesondere auch der Heimatvertriebenen — gedient werden kann.

Auf jeden Fall steht schon heute fest, daß eine gesamtbadische Regierung das Heimatvertriebenenproblem nicht mit schönen Plänen und Worten, sondern mit praktischen Taten schnell und intensiv anpacken wird. Dabei dürfen in Gesamtbaden neben den Mitteln des Landes und des Bundes, die den alten Ländern natürlich genau so wie einem Südweststaat zur Verfügung stehen würden, in Aussicht gestellte Anleihen aus dem neutralen Ausland eine beachtliche Initialzündung geben können. Wenn Dr. Bartunek in sophistischer Weise die Möglichkeit, hierfür 30 Millionen besonders flüssig zu machen, in seinen Idä-

Nachrichten zu verkleinern versucht, so entspricht dies wohl seinem Auftrag, den er von seinen Südweststaat-Hintermännern zur Verwirrung der Heimatvertriebenen erhalten hat. Daß das alte Land Baden mit dem neutralen Ausland, insbesondere mit der Schweiz, schon durch die gemeinsamen Interessen der Elektrizitätsversorgung, der Schiffbarmachung des Hochrheins usw. von jeher engere Fühlung hatte, aus der sich ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis entwickelte, ist offensichtlich. Dr. Bartunek nicht bekannt. Er würde wohl sonst mehr Verständnis dafür haben, daß diese zusätzlichen erheblichen Mittel einem wiederhergestellten Land Baden von außen her leichter zufließen als einem von Stuttgart zentralistisch dirigierten Südweststaat, den man ehrlicher „Großwürtemberg“ nennen sollte. Deshalb sind seine Ausführungen hierüber unendlich und gehen an der tatsächlichen Lage vorbei. Selbstverständlich wird Gesamtbaden für seine Heimatvertriebenen in guter Zusammenarbeit das Höchstmögliche auch unmittelbar auf dem Finanzgebiete tun; wenn darüber hinaus im Interesse der Heimatvertriebenen durch die guten Beziehungen Gesamtbadens noch erheblich größere Mittel aufgebracht werden könnten, so wird sich jeder objektive Heimatvertriebene-

Funktionär darüber freuen, nur Herr Dr. Bartunek nicht, weil dies doch seinem Südweststaat-Propaganda-Auftrag zuwiderläuft.

Jeder in Nord- oder Südbaden ansässige Heimatvertriebene wird aber über solche Zweckdarstellungen von südweststaatlich gebundenen Funktionären, Landräten pp. hinweggehen, wenn er sich klar macht, daß er auch in Zukunft mit den Badenern aus einer Schüssel essen muß, zumal ein Südweststaat dem Landteil Baden gewiß nichts schenken würde, und außerdem jeder Heimatvertriebene selbst die Liebe und Treue zu seinem Ursprungsheimatland so stark im Herzen verankert hat, daß er schon aus diesem Grunde seinen deutschen Brüdern und Schwestern, die an ihrem alten Heimatland Baden genau so hängen, nicht in den Arm fallen darf. Dies jedenfalls erwarten wir Badener von dem Gefühl und dem natürlichen Anstand gegenüber dem Gastland von unseren, in Gesamtbaden ansässigen heimatsvertriebenen deutschen Brüdern und Schwestern.

Auf daß Alt- und Neubürger in Frieden und Freiheit ohne offene oder versteckte Ablehnung, das badische Land vom See bis an des Maines Strand durch gemeinsame Arbeit im Vertrauen aufeinander wieder aufbauen können! —

Landrat Schwan kann auch anders!

Unter- und Oberhalbach ein klassisches Beispiel

schloß an Württemberg und teilte seine Ansicht dem Landrat Anton Schwan in Tauberbischofsheim mit.

Der Gemeinderat kannte aber den „streitbaren Anton“ nicht, wenn es um die heiligen Güter geht. Mit schwerstem Geschütz, d. h. mit seinem ganzen Stab, kam Landrat Schwan nach Unterhalbach, wohin er Gemeinderat und Bürgermeister geladen hatte. Zunächst sprachen die Referenten über die Vorteile bei einem Verbleib in Baden und über die Nachteile im Falle des Anschlusses an das württembergische Mergenthal. Als dann ergriff der allgewaltige Anton das Wort und sprach folgende, denkwürdige Worte:

„Ein solcher Schritt wäre schwerwiegend und müßte reiflichst überlegt sein. Er fühle sich als Landrat in seinem Gewissen verpflichtet (III), auf die Gefahren (I) aufmerksam zu machen, die ein solcher Anschluß mit sich bringen könnte. Man dürfe nicht nur die augenblicklichen, bald wieder verschwindenden Vorteile in den einzelnen Zuteilungen sehen, sondern den Blick in die Zukunft richten!

Diese spreche für Baden! Die Gemeinderäte seien sonderbare Vertreter ihrer Gemeinden, wenn sie nur um eines Butterbrotes willen ihre angestammte Heimat verlassen wollten. Württemberg sei ein agrarisches Überschußgebiet. Deshalb sei es momentan in der Lebensmittelpolitik besser gestellt als Baden. Außer-

dem sitze der „Knabe an der Quelle!“ Der Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen würde sich in Baden unter normalen Verhältnissen jederzeit reibungslos abwickeln. Denn das Bauland sei und bleibe die natürliche Speisekammer der beiden Großstädte Mannheim und Heidelberg. Die Statistik zeige auch, daß nicht nur Kartoffeln, Mehl und Fleisch aus dem Taubertal in diese Städte fließen, sondern Tausende von Bauern- und Handwerker-söhnen hätten am Unterlauf und bis zur Mündung des Neckars eine neue Heimat gefunden. Das gesunde Bauernblut des Baulandes habe den Städten der Rheinebene immer wieder frisches Blut zugeführt.“

Landrat Anton Schwan sprach dann mit Pathos über Badens Vergangenheit, seine Kultur, über das Heimatland Baden schlechthin. Seine Stimme war so gewaltig, daß sämtliche Gemeinderäte den Gedanken an einen Anschluß an Württemberg als Landesverrat betrachteten. Ob Anton auch das Badnerlied angestimmt hat, überliefert der getreue Chronist leider nicht.

Erfolg seiner Rede: Unter- und Oberhalbach hielten dem Land Baden die Treue!

Nur einer hat die Treue nicht gehalten! Wer seinen Namen nicht erraten kann, so heißt es im Märchen, bekommt einen blanken Taler.

Karlsruher Stadtverwaltung im Dienste der „Südweststaat-Regierung“

Städtische Stenografen arbeiten für Minister Veit

Es gibt merkwürdige Dinge in diesem „Kleinen Südweststaat“ und allmählich wundert uns überhaupt nichts mehr. Es ist heute vor allem in dem Lande Württemberg-Baden alles möglich und so z. B. folgendes:

Bei der Massenkundgebung der Karlsruher Bevölkerung in der Stadthalle saßen am Pressetisch u. a. auch zwei Stenografen der Stadtverwaltung Karlsruhe. Als man sie fragte, für wen die genauen Stenogramme angefertigt würden, erklärte einer der Stenografen, „im Auftrag der Stadtverwaltung“.

Da nun nicht verständlich war, weshalb die Stadtverwaltung Karlsruhe sich für derartige Dinge interessiert, wurde dieser merkwürdige Auftrag städtischer Stenografen unter die Lupe genommen und es stellte sich folgendes heraus: Der stellvertretende Ministerpräsident der Stuttgarter „Südweststaat“-Regierung, Minister Dr. Veit, hatte die Stadtverwaltung Karlsruhe über den Beigeordneten Gutenkunst (SPD) veranlaßt, genaue Stenogramme über die Reden bei der Karlsruher Kundgebung anfertigen zu lassen.

Daraufhin spielte sich nun am 12. 11. folgendes Telefongespräch zwischen Stadtrat Dr. Werber und dem Beigeordneten Dr. Gutenkunst ab, nachdem Dr. Werber von dem städtischen Stenografen Oberinspektor Obreiter die Bestätigung erhalten hatte, daß im Auftrage des Beigeordneten Gutenkunst genaue Stenogramme von städtischen Stenografen angefertigt und an Dr. Veit weitergegeben wurden.

Frage: Herr Beigeordneter, wie mir Herr Obreiter mitteilte, hat er von Ihnen den Auftrag bekommen, Stenogramme anzufertigen. Wer hat Sie dazu veranlaßt?

Antwort: Herr stellv. Ministerpräsident Veit hat die Stadt gebeten, durch die städt. Stenografen genaue Stenogramme anzufertigen.

Dr. Werber: Wir müssen darin eine politische Überwachung sehen. Es ist mir unverständlich, daß die Stadt einen solchen Auftrag entgegennimmt und die Niederschriften weitergibt.

Gutenkunst: Man kann es dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und der Regierung in Stuttgart nicht verdenken, wenn sie wissen will, was vorgeworfen wird.

Dr. Werber: Die Versammlung war öffentlich, und es waren zahlreiche Pressevertreter anwesend, die an einem bequemen Pressetisch Platz nahmen und auch Stenogramme anfertigen konnten. Anders aber ist es, wenn amtliche Stenogramme angefertigt werden. Das ist eine politische Überwachung durch Organe oder Beauftragte der Regierung. Das nehmen wir nicht hin.

Beigeordneter Dr. Gutenkunst: Die Gebühren, welche die Stenografen bekommen, werden nicht von der Stadtkasse bezahlt, sondern von der Vereinigung Südwest. Ich muß zurückweisen, daß die Anfertigung der Stenogramme eine politische Überwachung darstellt.

Wir fragen:

Seit wann kann der Minister eines Landes einer Stadtverwaltung einen derartigen Auftrag erteilen, auch wenn dieser in die Form einer Bitte gekleidet gewesen sein sollte? Das sind doch merkwürdige Zustände, die man in der Karlsruher Bevölkerung nicht verstehen wird.

Das Interesse von Karlsruhe verlangt — das haben die 70 000 Stimmen für Baden eindeutig zum Ausdruck gebracht — die Wiederherstellung von Gesamtbaden. Hier steht die Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in krassem Widerspruch zu einem Teil der führenden Beamten, denen anscheinend Parteiinteressen wichtiger zu sein scheinen.

Diese bereitwillige Zurverfügungstellung der städt. Stenografen, die zweifellos die Ausfertigung der Protokolle in ihrer Dienstzeit vornehmen, ist einer der vielen Beweise dafür, daß man entgegen den Interessen der einstigen Landeshauptstadt mit dem Südweststaatsgedanken nicht nur sympathisiert, sondern noch aktiv in der Vereinigung Südwest tätig ist. Das Mindeste, was die Karlsruher Bevölkerung erwarten darf, ist eine Zurückhaltung ihrer führenden Beamten; denn man kann sich nicht von einer Stadt, die sich bei der Volksbefragung mit einer überwältigenden Mehrheit zu der Wiederherstellung Badens in bestem demokratischen Sinne bekannt hat, bezahlen lassen und gegen ihre Interessen handeln.